GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.

Bundeskontaktstelle
Braunkohle
des Netzwerkes
GRÜNE LIGA

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

27. Oktober 2021

1. Kommentar: Was man zum „Kohlekonsens“ nicht vergessen sollte
2. GRÜNE LIGA fordert grundlegende Novellierung des Bergrechtes
3. Protest auf die Spree projiziert: GRÜNE LIGA gegen Spreewasser-Entnahme für das Kraftwerk Jänschwalde
4. In Polen wächst die Kritik am Tagebau Jänschwalde
5. Massiver Wasserverlust Pinnower See: Bergamtspräsident stellt sich am 1. November der Diskussion
6. Delegation aus Mexiko in der Lausitz: Zapatistas informieren sich über bedrohten Wald im Braunkohlegebiet

1. Kommentar: Was man zum „Kohlekonsens“ nicht vergessen sollte

Seit der Veröffentlichung des Ampel-Sondierungspapiers mit seinem butterweichen „idealerweise“ auf 2030 vorzuziehenden Kohleausstieg mahnen nicht wenige altbekannte Lausitzer Akteure davor, den in der Kohlekommission erreichten „gesellschaftlichen Konsens“ nicht aufzukündigen. Klingt erstmal nachvollziehbar, oder? Hier ist Denken in Zusammenhängen gefragt, an die hier kurz erinnert werden soll:

Nicht nur, dass die Staatskanzleien der Kohleländer 2018/19 hinter den Kulissen mehr Einfluss hatten als die offiziell stimmberechtigten Mitglieder auf der Showbühne Kohlekommission. Nicht nur, dass im Kohleausstiegsgesetz zugunsten der Braunkohle von den Empfehlungen der Kommission abgewichen wurde, wie **acht Kommissionsmitglieder deutlich zu verstehen gaben**. Das Problem liegt tatsächlich noch tiefer:

Die im Mai 2018 eingesetzte Kohlekommission war an den Auftrag gebunden, den ihr die Bundesregierung erteilt hatte. Mit Verweis auf diesen „Einsetzungsbeschluss“ wurde dann auch in den Sitzungen der Kommission jede Diskussion unterbunden, die auf den in der Klimawissenschaft längst konsensfähigen Budgetansatz hinauslief. Die Kommission durfte also nur auf Basis der damaligen Klimaziele der Bundesregierung für 2030 und 2040 ein Enddatum der Kohleverstromung aushandeln. Egal, wie viel CO_2 jeweils bis dahin insgesamt freigesetzt wird. Gerade Lausitzer Kraftwerke haben aufgrund dieser Herangehensweise nicht zufällig Laufzeiten bis Ende 2029 oder Ende 2038 zugebilligt bekommen.

Das der Kommission von der Bundesregierung aufgezwungene Denkverbot entspricht genau dem, was das **Bundesverfassungsgericht im April 2021** als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erkannt hat. Verschieberitis beim Klimaschutz verletzt die Freiheit künftiger Generationen, so sinngemäß das höchste deutsche Gericht. Zwar hatte es formal das damalige Klimaschutzgesetz zu überprüfen und nicht den Einsetzungsbeschluss der Kohlekommission. Aber kann ein

Umweltgruppe Cottbus e.V.	**Internet**	**Telefon**	**Spendenkonto**
Projektbüro:	www.kein-tagebau.de		GLS Bank
Straße der Jugend 33	**E-Mail**	+49 (0151) 14420487	BIC: GENODEM1GLS
D-03050 Cottbus	umweltgruppe@kein-tagebau.de		IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00

„gesellschaftliche Konsens“ mit verfassungswidrigen Vorgaben ausgehandelt werden? Einen Rechtsstreit darüber werden die oben zitierten wohl lieber nicht riskieren. Sie begnügen sich mit Meinungsmache und hoffen offenbar, dass die Öffentlichkeit nicht in Zusammenhängen denkt.

2. GRÜNE LIGA fordert grundlegende Novellierung des Bergrechtes

Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA hat auf Bundesebene vor den Koalitionsverhandlungen **auf drei Forderungen hingewiesen**, die in den vergangenen Wochen nicht im Zentrum der öffentlichen Diskussion standen. Dazu gehört mit der Novellierung des Bundesberggesetzes eine lange bekannte Forderung der Umweltbewegung, die nichts an ihrer Aktualität verloren hat: „Eine Änderung des Bundesberggesetzes ist nicht etwa durch den Kohleausstieg hinfällig geworden. Noch immer drohen Enteignungen durch Kohletagebaue, aber auch die vom Abbau mineralischer Rohstoffe. Betroffenen fordern bundesweit eine Novellierung des Gesetzes. Alte Zöpfe müssen abgeschnitten und der Rohstoffabbau in einem modernen Fachplanungsrecht geregelt werden.“ sagt Ulrich Wieland von der Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der GRÜNEN LIGA.

Das Bundesberggesetz ist ein Relikt vergangener Zeiten. So wurde die Möglichkeit der Zwangsenteignung („bergrechtliche Grundabtretung“) bewohnter Grundstücke in den 1930er Jahren als Vorbote einer Kriegswirtschaft in das Gesetz eingefügt und besteht bis heute. Das Bundesverfassungsgericht musste das Gesetz im Jahr 2013 entgegen seinem Wortlaut auslegen, um es als (gerade noch) vereinbar mit dem Grundgesetz anzusehen. Trotz eines Kohleausstiegsgesetzes drohen bei mehreren Braunkohletagebauen (Tagebau Garzweiler in Nordrhein-Westfalen, Tagebau Nochten in Sachsen) noch immer Grundabtretungsverfahren. Doch auch beim Abbau mineralischer Rohstoffe, wie Sand, Kies oder Gips kommt es oft zu Konflikten aufgrund des antiquierten Bergrechts. Bei einem bundesweiten Treffen der von Gesteinsabbau betroffener Initiativen wurde mit der **„Erfurter Erklärung“** ein Forderungskatalog verabschiedet, der als ersten Punkt die Novellierung des Bundesberggesetzes nennt. Vorschläge zur Novellierung des Gesetzes wurden seit Jahren in Gutachten und Forschungsprojekten erarbeitet. Die von der Großen Koalition im Frühjahr 2021 im Eilverfahren durchgesetzten Änderungen haben den grundsätzlichen Novellierungsbedarf in keiner Weise angepackt.

Zugleich kritisiert das Netzwerk, dass im Sondierungspapier offenbar ein weiter steigender Gesamt-Energieverbrauch hingenommen werden soll. Das am 15. Oktober veröffentlichte Sondierungspapier nennt im Kontext des Kohleausstieges einen „im Laufe der nächsten Jahre steigenden Strom- und Energiebedarf“. Während dem steigenden Stromverbrauch ein zunehmender Einsatz von Strom im Verkehrs- und Wärmesektor („Sektorkopplung“) zugrunde liegen dürfte, ist ein weiteres Ansteigen des gesamten Energieverbrauches in keinem Fall mit Nachhaltigkeits- oder Klimazielen vereinbar.

3. Protest auf die Spree projiziert: GRÜNE LIGA gegen Spreewasser-Entnahme für das Kraftwerk Jänschwalde

Mit einer Lichtinstallation auf der Spree protestierte am Dienstagabend die Umweltgruppe Cottbus gegen eine geplante dauerhafte Entnahme von Spreewasser für das Kohlekraftwerk Jänschwalde. Auf der Wasseroberfläche wurden die Worte „Dieses Wasser gehört in den Spreewald - nicht in den Kühlturm!“ projiziert. Damit fordern die Umweltschützer von der Landesregierung eine Absage an die Pläne des Braunkohleverstromers LEAG. Dieser hat beantragt, Wasser aus der Spree zu entnehmen, um es im Kraftwerk Jänschwalde als Kühlwasser zu verbrauchen. Das ergab eine Akteneinsicht der GRÜNEN LIGA beim Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU). Anders als bei der Flutung von Tagebauen dürfte ein Kraftwerk selbst bei Niedrigwasser das knappe Spreewasser entnehmen.

„Die Spree braucht künftig jeden Kubikmeter Wasser. Jetzt auch noch Spreewasser im Kraftwerk zu verdampfen, wäre unverantwortlich! Was wie ein Plan aus dem letzten Jahrhundert wirkt, ist leider aktuell bei den Landesbehörden beantragt.“, kritisiert René Schuster von der Bundeskontaktstelle Braunkohle der GRÜNEN LIGA. „Während in der Region Seen wie etwa der Pinnower See austrocknen und in Trockenzeiten ein Großteil der Bevölkerung und Wirtschaft mit Einschränkung leben müssen, darf es keine Sonderstellung für die LEAG geben.“, sagt Schuster.

Für das Kraftwerk soll ab dem Jahr 2025 bis zu ein Kubikmeter Wasser pro Sekunde entnommen werden. In trockenen Sommermonaten hat die Spree bei Lübben (Pegel Leibsch) teilweise nur einen Durchfluss von zwei Kubikmetern pro Sekunde. Ein Kubikmeter pro Sekunde ist pro Jahr mehr Wasser (31,5 Mio. m³) als in den drei Jahren seit der „Herstellung der Flutungsbereitschaft“ (Anfang

November 2018) aus der Spree zur Flutung des Cottbuser Ostsees abgegeben werden konnte (29 Mio. m³). 80 Prozent des für das Kraftwerk entnommenen Spreewassers soll nach der beim LfU eingesehenen Versorgungsbilanz der LEAG in den Kühltürmen verdampfen und nur 20 Prozent erwärmt in den Fluss zurückfließen.

Bisher wird das Kraftwerk ausschließlich durch abgepumptes Grubenwasser gekühlt, das mit der geplanten Stillegung des Tagebaues Jänschwalde 2023 zurückgehen dürfte. Mit welcher konkreten Begründung die LEAG die Entnahme von Spreewasser beantragt hat, ist allerdings bis heute nicht öffentlich. Schuster weist darauf hin, dass das Wasser der Spree nicht nur in der Lausitz gebraucht wird, sondern auch die Trinkwasserversorgung von Berlin und Frankfurt (Oder) gewährleistet.

Im Rahmen der Überarbeitung des Bewirtschaftungsplans zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie hat die GRÜNE LIGA dazu bereits umfangreiche Stellungnahmen eingereicht.

4. In Polen wächst die Kritik am Tagebau Jänschwalde

Wie der Sender TVN24 am 18. Oktober berichtete, hat der polnische Minister für Klima und Umwelt, Michał Kurtyka, „dem Ministerium nachgeordnete Institutionen beauftragt, die Informationen über die negativen Auswirkungen des Braunkohletagebaus Jaenschwalde auf polnische Grenzgemeinden zu überprüfen“. Eine Studie dazu solle vom Polnischen Geologischen Institut - PIB und der Woiwodschaftsinspektion für Umweltschutz durchgeführt werden.

Nach Angaben der Bürgermeister von Gubin und Bródy fühlt sich der Tagebaubetreiber LEAG nicht verantwortlich für die Absenkung des Grundwasserspiegels auf polnischer Seite, die Notwendigkeit des Baus tieferer Brunnen und deshalb steigende Wasserkosten. Die beiden Gemeinden versuchten bereits seit Jahren, ihre Rechte gütlich geltend zu machen und eine Entschädigung zu erhalten. Sie gingen jedoch nicht vor Gericht, auch weil sie bisher keine staatliche Unterstützung bei der Beweisführung erhielten

Der Tagebau Jänschwalde ist zwar mit einer Dichtwand in Richtung Neiße abgedichtet. Erst im Zuge der Umweltprüfung für den inzwischen aufgegebenen polnischen Tagebau Gubin wurde öffentlich bekannt, dass die Grundwasserabsenkung des Tagebaues Jänschwalde tiefer wirkt als die Dichtwand: indem auch unter der Kohle liegende Grundwasserleiter „entspannt“ werden. Entsprechend wird seit Jahren über die Möglichkeit grenzüberschreitender Auswirkungen diskutiert.

Dass dies nun nicht nur von den Gemeinden vor Ort wahrgenommen wird, sondern auch von der polnischen Zentralregierung, dürfte mit dem Vorgehen des tschechischen Staates gegen den polnischen Tagebau Turów wegen dessen grenzüberschreitender Grundwasserabsenkung zusammenhängen. Da die LEAG dem tschechischen EPH-Konzern gehört, wird der Tagebau in polnischen Medien zunehmend als tschechisches Bergwerk in Deutschland bezeichnet, an das dieselben Maßstäbe wie an den Tagebau Turów anzulegen sind.

5. Massiver Wasserverlust Pinnower See: Bergamtspräsident stellt sich am 1. November der Diskussion

Auf Einladung der evangelischen Kirchengemeinde Region Guben wird Präsident des Brandenburger Landesbergamts Sebastian Fritze am 1. November ab 18 Uhr Stellung zum anhaltenden massiven Wasserverlust des Pinnower Sees beziehen. Zur Diskussionsveranstaltung in der Kirche Pinnow sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen.

„Die Feststellung, dass die Braunkohleförderung unsere Seen negativ beeinflusst, kam spät, aber der Tatsache will nun verstärkt nachgegangen werden. Dazu gehört es sich, gut informiert zu sein

und die entsprechenden staatlichen Stellen zu den Untersuchungsergebnissen befragen zu können“, sagt der Braunkohlebeauftragte der Kirchengemeinde Matthias Bärmann. Schon seit vielen Jahren, aber insbesondere seit 2018, sorgt sich auch die Evangelische Kirchengemeinde Region Guben sehr um den Wasserstand der Seen unserer Region.

An der Veranstaltung werden auch der Sprecher der Siedlergemeinschaft Hans-Ulrich Berger, Rene Schuster von der Grünen Liga – Umweltgruppe Cottbus, der Vorsitzende des Umweltausschusses im Kreistag Spree-Neiße Andreas Stahlberg und die Vorsitzende der Bündnisgrünen Spree-Neiße Heide Schinowsky teilnehmen.

6. Delegation aus Mexiko in der Lausitz: Zapatistas informieren sich über bedrohten Wald im Braunkohlegebiet

Eine Delegation von Zapatistas aus Mexiko hat sich am 8. Oktober zu einem Austausch mit Vertretern des Umweltnetzwerkes GRÜNE LIGA getroffen. Die Delegation informierte sich zu Klimaschutzanstrengungen in Deutschland und über friedliche Protestformen gegen Braunkohletagebaue in der Lausitz auf dem von der Grüne Liga bis 2037 gepachteten Waldstück im Vorfeld des Tagebaus Nochten (Sachsen). Der Wald wird seit fast zwei Jahren für Naturschutz, Bildungs- und Kulturveranstaltungen genutzt. Zudem wird auf dem Areal ein aktiver Waldumbau betrieben. Dennoch ist das Waldstück weiterhin bedroht. „Der Bergbaubetreiber LEAG will trotz des in Deutschland beschlossenen Kohleausstiegs den Wald für die Braunkohle abbaggern. Dafür wurden bereits erste Enteignungsandrohungen verschickt“, berichtet Rebekka Schwarzbach von der Umweltgruppe Cottbus und kündigt an: „Wir werden unseren Wald nicht freiwillig hergeben. Notfalls müssen Gerichte entscheiden“.

Verwundert zeigte sich die Delegation aus Mexiko über eine Politik in Deutschland, die immer noch auf Braunkohleabbau setzt. Deutschland solle eigentlich ein Vorbild und Antreiber in der Welt sein für echten Klimaschutz. Auch in Mexiko gebe es massive Widerstände gegen Großprojekte wie das mexikanische Eisenbahnprojekt „Tren Maya“. Im Maya-Gebiet sind dafür auch bereits massive Enteignungen angedroht.

Trotz vieler Unterschiede zwischen Mexiko und Deutschland stand bei dem zweistündigen Austausch das gemeinsame Ziel im Vordergrund: Der Schutz von Lebensgrundlagen. „Dem Raubbau an der Natur muss überall in der Welt Einhalt geboten werden. Wenn wir es nicht schaffen, die Klimakatastrophe einzudämmen, wird sich das Leben auf der Erde für alle dramatisch zum Negativen verändern. Gerade die vielen kleinen Projekte an vielen Orten der Welt lassen uns Hoffnung schöpfen“, mahnt Schwarzbach.

Bereits Anfang September ist eine 170-köpfige politische Delegation indigener Einwohner*innen Mexikos in Europa angekommen. 500 Jahre nach Kolumbus wollen sie mit einem friedlichen „Gegenbesuch“ auf die Rechte der damals von Europäern unterworfenen indigenen Völker aufmerksam machen. Aufgeteilt in 28 Untergruppen bereisen sie in den nächsten Monaten den Kontinent. In der ersten Phase der Reise stehen kleinere Treffen und der Austausch mit politischen Gruppen und Bewegungen in den Vordergrund.

Als Zapatistas werden überwiegend sozialrevolutionäre indigene politische Gruppierungen im Süden Mexikos, vor allem im Bundesstaat Chiapas, bezeichnet. Der Name geht zurück auf Emiliano Zapata (1879–1919), einen Führer der mexikanischen Revolution. Der mexikanische Staat hat bisher die Forderung der Zapatistas nach Demokratie und Anerkennung indigener Lebensweisen nicht erfüllt. Daher hat sich die indigene Bevölkerungsgruppe selbst organisiert und versucht ihre die Ziele umzusetzen. Sie errichteten unter anderen ein regionales Autonomieprojekt, das obwohl es immer wieder Angriffen ausgesetzt ist, ein Leben in relativem Frieden ermöglicht. Die Zapatisten wollen nicht auf Waffen setzen, sondern auf Vorbildwirkung.